



Antrag

der Abgeordneten **Natascha Kohnen, Inge Aures, Florian von Brunn, Margit Wild, Annette Karl, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Christian Flisek, Harald Güller, Stefan Schuster, Arif Taşdelen SPD**

Die Ressource Boden gehört allen VI – Paradigmenwechsel bei der Beurteilung von Kommunal финанzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, kommunale Aufsichtsbehörden für die strategische und wertschöpferische Bedeutung von kommunalem Gebäude- oder Grundbestand zu sensibilisieren und folgende verpflichtende Grundsätze auszugeben:

1. Finanzschwache Kommunen dürfen nicht zur Veräußerung von kommunalem Gebäude- oder Grundbestand verpflichtet werden.
2. Einnahmen aus Grundstücksverkäufen sollen perspektivisch zum strategischen Erwerb und der strategischen Entwicklung von Flächen genutzt werden (nach dem Motto „Fläche finanziert Fläche“).

Begründung:

Die Finanzaufsicht nimmt eine sensible Rolle wahr, sie hat Aufsichts- und Beratungsfunktion für die kommunale Haushaltswirtschaft der Gemeinden, Landkreise und Bezirke. Diese sind Teil der staatlichen Ordnung und unterstehen der Aufsicht des Staates – eine administrative Ebene kontrolliert eine andere. Gleichzeitig handelt es sich bei der Aufstellung und Bewirtschaftung des kommunalen Haushalts aber um eine Selbstverwaltungsangelegenheit der Kommunen. Eine politische (parlamentarische) Steuerung konkreter Entscheidungen der Finanzaufsicht sollte außen vor bleiben. Stattdessen sollen durch diesen Antrag Grundlinien und Prinzipien ausgegeben werden: Wichtig ist eine Sensibilisierung der Finanzaufsicht für die Bedeutung von Boden und von Immobilienwerten in öffentlicher Hand – in strategischer Hinsicht als öffentliche Daseinsvorsorge und somit für das Allgemeinwohl.